
Deutschlands Zukunft in Europa

Angela Merkel

Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt gab es noch eine scharf bewachte Grenze mitten durch Deutschland. Eine Grenze, die schmerzhaft Trennungen und Tränen bedeutete. Diese Grenze trennte Familien und Freunde. Deshalb gaben die Menschen in der DDR einer Abfertigungshalle an der Berliner Mauer den denkwürdigen Namen „Tränenpalast“. Diese Grenze trennte die beiden Teile der Stadt, unseres Landes und unseres Kontinents Europa. Diese Grenze trennte Welten.

Die Deutsche Einheit hat die Koordinaten neu bestimmt. Wir alle sind zu Zeugen eines Zeitenwechsels der Geschichte geworden, der viel weitreichender ist als das vielbeschworene „Millennium“. Der wahre Zeitenwechsel war ein politischer – und er fand schon ein gutes Jahrzehnt vor dem Jahr 2000 statt. Es war der Zeitenwechsel zu einem ungeteilten Europa des Friedens, der Hoffnung und der Freiheit. Die Deutsche Einheit ist deshalb ein großes Glück für alle Menschen in Ost und West.

CDU – Partei der Deutschen Einheit und der Europäischen Einigung

Die Deutsche Einheit war eine große Herausforderung. Alle politischen Parteien – bis auf die PDS und die Grünen – bemühen sich, ihren Anteil am Zustandekommen der deutschen Einheit zu unterstreichen. Dies zeigt, dass die Deutsche Einheit gelungen ist. Sie ist ein großartiger Erfolg. Denn um ein misslungenes Projekt reißt sich niemand. Mit der Wiedervereinigung hat Deutschland aus dem Stand, ohne nennens-

werte Vorbereitungszeit, eine riesige Herausforderung bewältigt. Das sollte Mut machen für die Aufgaben, vor denen die Europäische Union heute steht. Diese Aufgaben sind sicherlich nicht mit denen der Einheit Deutschlands identisch und nicht vergleichbar. Wichtig ist aber, dass wir erfahren haben, was man in zehn Jahren schaffen kann. Das sollte uns den Elan und die Energie geben, die Aufgaben, die Europa jetzt vor sich hat, zu benennen und anzugehen.

Wer – wenn nicht wir Deutschen – sollte das erfolgreich machen können? Unser Land steht heute im Schnittpunkt zweier großer, positiver Kraftströme der jüngsten Geschichte – Initiativen, die nur zu Kraftströmen werden konnten, weil viele Menschen ihre politische Energie und ihren Mut investiert haben. Der erste dieser beiden Kraftströme ist die Einigung Europas. Viele Jahrzehnte ist die Bundesrepublik Deutschland Motor der europäischen Integration gewesen. Deutschland hat maßgeblich zu dem beigetragen, was wir heute als das erfolgreichste politische Projekt in der Geschichte unseres Kontinents bezeichnen können. Dass dem so ist, verdanken wir der Weitsicht und der Handlungskraft Konrad Adenauers. Er hat das Fundament für Deutschlands Zukunft in Europa gelegt. Einem Land, das moralisch diskreditiert und materiell zerstört war, hat er die Entscheidung für Europa und damit den Weg zu Akzeptanz und Wohlergehen gewiesen.

Die CDU hat sich, wann immer sie Regierungsverantwortung trug, mit aller Entschiedenheit für Europa eingesetzt. Allein während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl wurde die Europäische Gemeinschaft zweimal erweitert, wurde sie zur Europäischen Union und wurden Grenzkontrollen abgeschafft. Der Binnenmarkt wurde verwirklicht und der Euro samt einer europäischen Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank auf den Weg gebracht.

Diese CDU ist die Partei der Deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Darauf können wir stolz sein. Dafür sind wir aber auch dankbar. In dem Buch „Ich wollte Deutschlands Einheit“ hat Helmut Kohl gesagt: „Bei alldem [gemeint ist die Deutsche Einheit; Anm. der Verf.] war ich mir freilich

auch bewusst, dass wir erst den einen Teil unserer Vision, mit der wir nach dem Krieg angetreten waren, verwirklicht hatten. Vor uns lag und liegt auch heute noch die Vollendung des anderen Teils: die Einigung Europas.“¹ Helmut Kohl hat immer ausgezeichnet, dass er eine Vision von Europa hatte. Dies ist Verpflichtung auch für unsere Politik des 21. Jahrhunderts.

Auch in Oppositionszeiten gilt für die Union: Das Ziel der endgültigen Einheit Europas ist ein fester Bestandteil unserer politischen Identität. So wie es auch die Deutsche Einheit immer war – ganz gleich, in welche Richtung der Zeitgeist gerade tendierte. Die Deutsche Einheit ist das Resultat des zweiten Kraftstroms der jüngsten Geschichte. Jenes Kraftstroms des Muts und des Willens zur Freiheit, der den Umbruch zur Demokratie in allen Staaten Mittel- und Osteuropas bewirkt hat. Wie diese Staaten sind auch die neuen Bundesländer ein Ort, an dem der Drang nach Freiheit zu einer friedlichen Revolution wurde.

Damit hat sich bestätigt: Selbst 40 unendlich lange Jahre kommunistischer Diktatur, 40 Jahre SED-Staat mit seinen Stasi-Methoden, haben den Willen zur Freiheit nur zu unterdrücken vermocht – aber ausgelöscht haben sie ihn nie. Ohne die europäische Einigung hätte es die Deutsche Einheit nicht gegeben. Deutschland hat Verlässlichkeit und Integrationswillen bewiesen. Die Welt wusste, dass sie der Bundesrepublik vertrauen konnte. Wir sind uns weiterhin bewusst, wie viel wir unseren amerikanischen und europäischen Freunden und Nachbarn verdanken.

Deutschland in Europa

Seit der Vereinigung liegt Deutschland wieder in der oft diskutierten Mittellage Europas. In der Geschichte war „Mittellage“ immer ein anderes Wort für die Unklarheit der Orientie-

¹ Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 483.

zung Deutschlands in Europa und für einen unguten Hang zu Sonderwegen. Diese Zeit ist vorbei. Heute ist unsere Lage mitten in Europa zweifach positiv bestimmt: erstens aus dem Geiste der europäischen Einigung und zweitens aus dem Geiste der Freiheit, der Kommunismus und Diktatur überwunden hat. Heute liegt die Chance zu einem ungeteilten Europa des Friedens und der Freiheit vor uns. Seine Verwirklichung ist unser Ziel. Dass wir dieses Ziel auch erreichen, ist nicht selbstverständlich. Die Geschichte hat keine Automatik. Deshalb gilt nach wie vor, Zögerlichkeit führt uns nicht weiter, sondern nur die Entschlossenheit, es richtig zu machen.

Wie geht es weiter mit Deutschland in Europa? Bei dieser Frage sollten wir uns auf die positiven Entwicklungen besinnen, die unserem Land aus den beiden Kraftströmen der europäischen Integration und dem Ende des Ost-West-Konfliktes erwachsen sind. Die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen heißt voranzugehen auf dem Weg der Integration, der Partnerschaft und der Freiheit. Wir müssen uns vehement für ein großes und starkes Europa einsetzen, indem wir unseren Beitrag leisten, wo immer wir können. Die CDU muss einen klaren Kurs von der Bundesregierung und den EU-Institutionen fordern, wo immer er nicht klar genug ist.

Zwei Jahre nach der Bundestagswahl 1998 steht Deutschland, das größte Land der Europäischen Union, ohne eine durchdachte und überzeugende Europapolitik da. Das ist nicht nur der Bruch mit einer guten politischen Tradition in unserem Land. Es ist schlichtweg töricht. Gerade vor dem Hintergrund der letzten zehn Jahre ist unübersehbar, wie eng das Schicksal Deutschlands mit Europa verbunden ist. Europa entwickelt sich weiter – aber entwickelt es sich auch in die richtige Richtung? Die Zeit drängt, und eine gleichgültige deutsche Politik können und wollen wir uns nicht leisten.

Die Debatte um einen Volksentscheid zur Osterweiterung, die der SPD-Politiker und EU-Kommissar Günther Verheugen ausgelöst hat, ist der falsche Ansatz. Wir können die Menschen nicht von Europa überzeugen, indem wir Skepsis und Befürchtungen ein Forum geben, sondern dadurch, dass wir

eine offensive und öffentliche Debatte um Europas Zukunft führen. Dabei müssen wir klarmachen, worum es geht. Es geht um Stabilität für Europa in einem umfassenden Sinne.

Stabilität für Europa

50 Jahre Frieden, 50 Jahre beispiellosen ökonomischen Aufschwung und 50 Jahre Leben in Freiheit und Demokratie – dies hat der Prozess der europäischen Integration bewirkt. Allerdings hat sich bislang nur die westliche Hälfte des europäischen Kontinents an diesem Prozess beteiligen können. Nun ist Europa seit zehn Jahren ein ungeteilter Kontinent. Das heißt, sowohl seine Freiheit, aber auch seine Aufgaben und Herausforderungen sind ungeteilt. Nicht mehr das Gleichgewicht des Schreckens, in das die Supermächte Europa gebracht hatten, sondern nur unsere eigene Anstrengung kann ganz Europa in Zukunft Stabilität geben. Die Stabilität, die die bisherige Europäische Union schon seit vielen Jahrzehnten kennt.

Die Kriege auf dem Balkan haben in aller Deutlichkeit gezeigt, dass auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Frieden keine Selbstverständlichkeit in Europa ist. Noch nicht einmal in einer Entfernung von wenigen Flugstunden ist ein friedliches Europa gesichert. Im Zeitalter der Globalisierung wird uns immer mehr klar, dass die Entscheidung für Europa nicht nur eine Entscheidung für Frieden und Wohlstand ist, sondern auch für eine bestimmte Art zu leben, für ein bestimmtes Verständnis vom Menschen und für bestimmte Werte, die sich in der europäischen Staatenwelt widerspiegeln.

Diese Errungenschaften – Stabilität und Wohlstand, Demokratie und Frieden, Leben in Freiheit und Menschenwürde – sind keine Selbstverständlichkeit. Wer wüsste das besser als die Menschen, die erst seit zehn Jahren den Diktaturen Osteuropas entkommen sind! All das wird auch in Zukunft nicht selbstverständlich sein, denn Europa ist Teil einer Welt, die zwar von wirtschaftlicher Globalisierung geprägt ist, in der es

aber nichtsdestoweniger ganz andere Vorstellungen von Individuum und Staat gibt, als es die unsrigen sind.

Agenda für Europa

Unsere Entscheidung für Europa ist eine doppelte: Nach innen wollen wir eine Ordnung der Menschenrechte, der Freiheit, des ökonomischen Aufschwungs und der politischen Stabilität für das ungeteilte Europa. Nach außen wollen wir ein selbstbewusstes, starkes Europa; ein Europa, das mit 500 Millionen Menschen nicht nur quantitativ bedeutend ist, sondern das genug Eigengewicht hat, um europäische Lebensweise und europäische Werte auch in einer globalisierten Welt auf Dauer zu bewahren. Vergessen wir nicht, dass Europa in zehn Jahren kaum mehr als fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen wird.

Es geht um Stabilität im umfassenden Sinne. Es geht um soziale und politische, um ökonomische und ökologische, um innere und äußere Stabilität. Wenn wir dafür sorgen, dass ganz Europa zur größten Zone der Stabilität, der Freiheit und des Wohlstandes auf der Welt wird, dann ist dies auch in unserem ureigensten Interesse. Deshalb ist es jetzt dringlich, Europa wieder als politisches Projekt zu begreifen. Als ein Projekt, dessen Ausgang niemandem egal sein kann – uns Deutschen am allerwenigsten.

Für die CDU steht es außer Frage, dass die Entwicklung Europas an einem bedeutenden und kritischen Punkt angelangt ist. An einem Punkt, an dem ein einfaches Fortschreiben alter Rezepte nicht mehr ausreicht. Wir haben eine doppelte Agenda vor uns – und diese doppelte Agenda ist unabweisbar. Sie erwächst erstens aus der historisch-politischen Aufgabe Europas, die Teilung des Kontinents zu überwinden, und zweitens aus dem Gebot, die Handlungsfähigkeit und die demokratische Legitimität der Europäischen Union sicherzustellen, auch wenn sie einmal 25 und mehr Mitgliedstaaten umfassen sollte.

Osterweiterung der Europäischen Union

In diesem Jahr waren in Danzig die Feiern zum 20-jährigen Bestehen der Gewerkschaft Solidarność. Wir wissen, was wir den Polen als Vorreiter der Freiheit in Europa zu verdanken haben. In Polen wurde der Weg Osteuropas in die Freiheit mitinitiiert. Polen ist ein Beispiel, an dem unsere Aufgabe deutlich wird. An der Osterweiterung lassen sich der politische Wille und die politische Energie Europas ermessen. An ihr lässt sich ablesen, ob wir selber begriffen haben, was auf dem Spiel steht.

Deutschland muss Anwalt Mitteleuropas sein. Das ist unsere Aufgabe, sowohl geschichtlich als auch aus unserer besonderen Erfahrung aus der Wiedervereinigung Deutschlands heraus. Wir drängen natürlich weiterhin darauf, dass die Beitrittskandidaten in ihrem Reformeifer nicht nachlassen. Deshalb ist die Frage, wann die erste Erweiterungsrunde stattfindet, nicht ohne Belang. Ein früher Beitrittstermin wirkt als Ansporn für die Reformbemühungen bei den Beitrittskandidaten.

Subsidiarität für Europa

So bedeutsam die zügige und entschiedene Osterweiterung für die Zukunft unseres Kontinents ist, so wichtig ist es auch, Europa nicht zu einem Koloss ohne Konturen werden zu lassen. Genau das aber könnte aus Europa werden, wenn wir es versäumen, uns früh genug darüber zu verständigen, was die Konturen bestimmen soll. Wer Europa nicht der Stagnation überlassen will, kommt um eine Debatte über eine klare Kompetenzverteilung zwischen den europäischen Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen und der supranationalen Ebene der EU nicht herum. Sie ist der Schlüssel für ein gleichermaßen starkes wie großes Europa der Zukunft. Das Prinzip der Subsidiarität ist dieser Schlüssel.

Wer Subsidiarität fordert, räumt Eigenverantwortung und Gestaltungsspielraum der kleineren Einheit vor der nächsthöheren Ebene ein. Aufgabe der höheren Ebene ist es, das zu

übernehmen, was die niedrigere Ebene selber nicht leisten kann. Die Region übernimmt nur das, was die Kommune nicht leisten kann; der Nationalstaat übernimmt das, was die Region nicht leisten kann, und die suprastaatliche, europäische Ebene übernimmt nur diejenigen Regelungskompetenzen, die der Nationalstaat nicht übernehmen kann. Ein subsidiär aufgebautes Europa wird in Zukunft ein Europa der Regionen und der Nationalstaaten sein. Nur ein derart subsidiär aufgebautes Europa wird ein bürgernahes, ein handlungsfähiges und ein transparentes Europa sein.

Europa wird dann am stärksten, wenn es sich auf die Politikbereiche konzentriert, die wirklich eine europäische Lösung erfordern. Der Aufgabenkatalog, der dabei zusammenkommt, ist weiterhin umfangreich und bedeutsam. Europäisch zu regeln sind zum Beispiel die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Stabilität des Euro, die Sicherung des gemeinsamen Marktes, die Asyl- und Flüchtlingspolitik und der Umweltschutz. Wenn wir dem Gebot der Subsidiarität folgen und eine klare Kompetenzverteilung anstreben, dann müssen wir uns auch von dem Gedanken verabschieden, dass nur derjenige für Europa ist, der immer weitergehende europäische Zuständigkeiten fordert. Gerade im Gedanken der Subsidiarität liegen gute Gründe für eine Rückverlagerung einzelner Zuständigkeiten auf die nationale Ebene. Wer für Dezentralisierung und Subsidiarität eintritt, muss kein Europa-Skeptiker sein, sondern im Gegenteil ein besonders überzeugter Europäer.

Europäischer Verfassungsvertrag

Europa braucht einen Verfassungsvertrag, der das europäische Wertefundament, eine klare Kompetenzabgrenzung und demokratische Strukturen definiert. Mit der Arbeit an einem Verfassungsvertrag muss jetzt begonnen werden, nicht in zehn oder 20 Jahren. Immer klarer zeichnet sich ab, dass der Forderung nach einem Verfassungsvertrag die Zukunft gehört. Die Zustimmung wächst – nicht nur in Deutschland, sondern europaweit.

In einem Artikel für *Die Welt* hat sich jüngst auch Bundespräsident Johannes Rau dieser Forderung angeschlossen.² Außenminister Joschka Fischer vertrat sie bei seiner Rede, die er im Mai als Privatmann an der Humboldt-Universität gehalten hat.³ Noch erfreulicher ist, dass auch Frankreich zur Diskussion über einen Verfassungsvertrag mittlerweile bereit ist. Das hat der französische Staatspräsident Chirac bei seiner Rede im Bundestag deutlich gemacht.⁴

Einigkeit in der Theorie alleine bringt Europa aber noch keinen Schritt vorwärts. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, das Thema Verfassungsvertrag in die europäische Debatte zu bringen. Ein Konvent unter Beteiligung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments wäre das richtige Signal. Die Arbeit an einem solchen Verfassungsvertrag voranzubringen ist eine wichtige neue Aufgabe für die Partner Deutschland und Frankreich. Europa kann auch in dieser Frage auf dieses Duo nicht verzichten.

Das Thema Verfassungsvertrag ist aufgrund der verschiedenen Staatstraditionen in Europa ein heikles Thema. Wenn wir es gut meinen mit der langfristigen Entwicklung Europas, dann müssen wir auch Streit aushalten können. Es ist besser, wir verärgern jetzt einige wenige Regierungen in der EU, die keine Verfassungsdiskussion wünschen, als dass wir auf Dauer in Kauf nehmen, dass die Bürger sich von der Idee der europäischen Integration lossagen.

² Johannes Rau: Wir brauchen eine europäische Verfassung, in: „*Die Welt*“ vom 15. September 2000, S. 3.

³ Joschka Fischer: „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“ – Rede am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität in Berlin.

⁴ Jacques Chirac: „Unser Europa“ – Rede des Präsidenten der Republik Frankreich vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 2000.

Bürgerbeteiligung in Europa

Ein Verfassungsvertrag gibt den Nationalstaaten eine dauerhafte Bestandsgarantie. Sie bleiben Träger der Kompetenzverteilung. Ich bin davon überzeugt, dass die Staatlichkeit der EU, etwa im wichtigen Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, zunehmen wird. Deshalb müssen wir uns heute der Aufgabe stellen, tabulos darüber zu diskutieren, wie supranationale Strukturen demokratisch organisiert werden müssen. Meine Vision von der Zukunft Europas ist eine demokratischere, effizientere und transparentere EU. Wenn wir eine demokratischere, effizientere und transparentere EU wollen, dann müssen wir vor allem für eines sorgen: Der zunehmenden Staatlichkeit der Europäischen Union müssen steigende Einflussmöglichkeiten der Bürger zur Seite gestellt werden.

Grundprinzip jeder Demokratie ist es, dass die Wählerinnen und Wähler über die Wahl und Abwahl ihrer Regierung den politischen Kurs bestimmen und ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen können. Das hat die CDU bei der letzten Bundestagswahl schmerzhaft zu spüren bekommen. Der EU gegenüber aber empfinden sich viele Menschen als ohnmächtig. Ich will ihnen diese Macht zurückgeben. Knüpfen wir also die Legitimationskette vom europäischen Bürger aus neu! Das fängt damit an, dass das von ihm gewählte Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten wählen kann und nicht nur einen Vorschlag der Regierungschefs bestätigen darf. Es setzt sich damit fort, dass wir in Brüssel Legislative und Exekutive wieder klar trennen und wichtige Entscheidungsprozesse nicht in einem Dschungel von Hunderten und Aberhunderten von Ausschüssen versickern lassen.

Auch das unerquickliche Nebeneinander diverser Ministerräte muss aufhören. Wir sollten stattdessen einen einzigen Ministerrat zu dem Teil der Legislative machen, der die Nationalstaaten vertritt. Dann würde es nicht mehr vorkommen, dass morgens die Landwirtschaftsminister tagen, um Fördermittel für den Tabakanbau zu beschließen, nachmittags aber die Gesundheitsminister Maßnahmen gegen den Tabakkonsum ergreifen.

Dieser von mir vorgeschlagene Ministerrat wäre kein Gremium der Außenminister mehr, sondern von Ministern, die ihr Land in der europäischen Innenpolitik vertreten. Wenn wir diesen Gedanken konsequent weiterdenken, bekommt die EU eine wirksame Außenvertretung. Zur Zeit streiten sich der halbjährlich wechselnde Ratsvorsitzende, der zuständige Kommissar und der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darum, wer welche Aufgabe wahrnehmen darf. Dies ist eine ineffiziente Methode.

Es ist klar, dass die Beharrungskräfte groß sein werden. Das ist immer so, wenn es um wirkliche Neuerungen geht. Aber Europa ist die Wiege der Demokratie. Daran müssen wir erinnern, wer immer sich den nötigen Reformen der Europäischen Union entziehen will. Ich plädiere dafür, dass gerade Deutschland sein Gewicht in die Waagschale wirft, damit wir dieses bedeutende Ziel einer vollen Demokratisierung der EU möglichst schnell erreichen.

Kopenhagener Kriterien

Das Europa der Zukunft wird ein vielfältigeres Europa werden. Aber die steigende Vielfalt darf nicht die Integrationsfähigkeit gefährden. Wer eine substanzielle Integration will, der muss auch Grenzen ziehen können. Diese Grenzen werden nicht ein für alle Mal bestimmt – sie sind offen für eine weitere Entwicklung. Integration braucht jedoch eine stabile Basis. Dabei reichen zur Bestimmung der Grenzen Europas geographische Argumente alleine nicht aus. Europa hat auch politische Grenzen. Deshalb müssen wir die Kopenhagener Kriterien von 1993 ernst nehmen. Gesicherte Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten, stabile Rechtsstaatlichkeit – das sind strenge Maßstäbe, die über formale Kriterien wie demokratische Institutionen und eine funktionierende Marktwirtschaft weit hinausgehen. Diese strengen Maßstäbe müssen wir ebenso streng handhaben. Dann sind wir viel bessere Europäer, als wenn wir allen alles versprechen.

Für eine Mitgliedschaft in der EU reicht es nicht, bestimmte Kriterien nur auf dem Papier zu erfüllen. Die Europäische Union muss auch in Zukunft das bleiben, was sie immer gewesen ist: ein Zusammenschluss von im Kern bürgerlichen Gesellschaften mit einer gemeinsamen Wertegrundlage. Besinnen wir uns auf den Wert der Subsidiarität! Stärken wir den föderalen Charakter unseres Landes! Kommunen und Länder müssen Spielräume zurückerhalten. Dann können Entscheidungen da gefällt werden, wo man die Probleme am besten kennt und auch die Konsequenzen der eigenen Maßnahmen verantwortet. Klare Verantwortlichkeiten und transparente Entscheidungen: Damit wäre viel getan für einen bürgernahen Staat – und auch viel getan gegen die viel beschworene Politikverdrossenheit.

Deutschlands Zukunft liegt in Europa

Deutschlands Zukunft liegt in Europa. Europa steht vor wichtigen Entscheidungen. Ich wünsche mir, dass wir, dass Deutschland alles dazu tut, dass die richtigen Entscheidungen gefällt werden. Wir wollen ein großes und ein starkes Europa. Ein ungeteiltes Europa, in dem Freiheit und Stabilität herrschen. Dazu müssen wir unseren Beitrag leisten. Wir wollen nicht nur „dabei sein“, mit dahintreiben, sondern – zusammen vor allem mit unseren französischen Freunden – die dynamische Spitze Europas bilden.

Planvoll und mutig voranzugehen, das ist auch heute unsere Aufgabe. Die CDU Deutschlands will alles dafür tun, dass sich unser Land dieser Aufgabe gewachsen zeigt. Dabei bauen wir auf dem auf, was Christdemokraten von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl geleistet haben.